

Verlauf und Ergebnisse der COP 29

Ein Kommentar aus menschenrechtlicher Sicht von Klaus Stieglitz

Vom 11. bis 24. November fand in der aserbaidischen Hauptstadt Baku die COP29, die Konferenz der Vertragsstaaten, die die völkerrechtlich bindende Klimarahmenkonvention unterzeichnet haben, statt. Die Ergebnisse finden keine adäquaten Antworten auf die dringenden Fragen der katastrophalen Folgen des Klimawandels.

Nach Ansicht zahlreicher Beobachter bleiben die Ergebnisse von COP 29 weit hinter den Erwartungen zurück. Das dringend benötigte Signal zum Aufbruch in der Bekämpfung des Klimawandels blieb aus.

Divergierende Interessenlagen

Zugegeben: Es ist nicht leicht, die zum Teil enorm divergierenden Interessen der 198 Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention unter einen Hut zu bringen.

Da gibt es die Länder des globalen Südens, die den Klimawandel selbst nicht verursacht, aber seine Konsequenzen zu tragen haben. Wir von Hoffnungszeichen erleben den Klimawandel in Uganda, im Südsudan, in Äthiopien oder in Indien hautnah: Nach viel zu langen Dürreperioden kommt es infolge von sintflutartigen Niederschlägen zu verheerenden Überschwemmungen, die die ohnehin kargen Ernten vernichten und Menschen obdachlos machen; der Anstieg des Meeresspiegels bedroht und zerstört menschliche Siedlungsräume. Zurecht verlangen diese Länder einen Ausgleich für die Schäden, die sie selber nicht verursacht haben.

Dann gibt es Länder, wie Deutschland, die ihre Verantwortung erkannt haben und die Weltgemeinschaft zum gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel bewegen wollen. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen gehört zu einer Kernforderung dieser Ländergruppe. Schon seit vielen Jahren fordern auch wir von Hoffnungszeichen die Abwendung von fossilen Energieträgern, denn wir haben die entsetzlichen Umweltverschmutzungen, die mit der Ölförderung im Südsudan einhergehen, mit eigenen Augen gesehen und vor der Weltöffentlichkeit dokumentiert. Spätestens am Beispiel der Ölförderung im Südsudan musste jedem klar werden: Umweltzerstörung führt zu menschlichem Leid, denn die Ölabfälle aus der Ölförderung vergifteten das Trinkwasser von mehr als 600.000 Menschen – eine humanitäre Katastrophe.

Schließlich gibt es eine Ländergruppe, die an den alten Mustern der Energieversorgung festhält und am liebsten noch mehr Öl, Gas und Kohle produzieren und verkaufen (!) würde, um den immer höher ansteigenden Energiebedarf – vor allem unserer Gesellschaften des globalen Nordens – zu stillen. Die Gründe für das sture Bremsen dieser Länder, wenn es um den Klimaschutz geht, liegen auf der Hand: Die Petro-Dollars sorgen für auskömmliche Staatseinnahmen und stabilisieren so die Macht der oftmals despotisch regierenden Staatenlenker. Zu dieser Ländergruppe gehört auch die „Öldiktatur“ (Zeit online) Aserbaidischans und ausgerechnet dieses Land trug die gerade zu Ende gegangene 29. Konferenz der Vertragsstaaten (COP) aus.

Aserbaidischansche Präsidentschaft der COP 29: Den Bock zum Gärtner gemacht

So konnte man kaum erwarten, dass ausgerechnet Aserbaidischans eine Klimakonferenz neutral und glaubwürdig würde leiten können. Einkünfte aus der Ölförderung haben Aserbaidischans so reich gemacht, dass der autoritär regierte Staat massiv in eine aggressive militärische Aufrüstung investieren konnte. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft ermöglichten es dem Regime somit, im September 2023 Bergkarabach anzugreifen und sich die armenische Exklave im Handstreich einzuverleiben. Die Folge war ein Exodus der armenischen Bevölkerung aus Bergkarabach; mehr als 100.000 Menschen flohen nach Armenien und sind dort auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Der diesjährige COP-Präsident Babajew, Umweltminister der ehemaligen Sowjetrepublik, war mehr als 20 Jahre für den staatlichen Ölkonzern SOCAR tätig. Auch Aserbaidschans Präsident Alijew stand – von 1994 bis 2003 – als Vizepräsident und Erster Vizepräsident in den Diensten von SOCAR. Kaum verwunderlich, dass er in seiner Rede vor der Klimakonferenz wiederholt die Öl- und Gasvorkommen in seinem Land als „Geschenk Gottes“ bezeichnete.

Diese Haltung passt schlecht zu den Erkenntnissen der Wissenschaft, denn dort gibt es einen breiten Konsens: Will man die schlimmsten Auswirkungen der Erderwärmung abwenden, dürfen keine neuen Vorhaben zur Förderung der klimaschädlichen Energieträger Kohle, Öl und Gas mehr umgesetzt werden. Am Ende der letztjährigen UN-Klimakonferenz in Dubai hatten sich die Staaten erstmals wenigstens dem Grundsatz nach zu einer Abwendung von fossilen Energieträgern verpflichtet.

Wenn also die aserbaidische Präsidentschaft der COP 29 auf der Klimakonferenz die Öl- und Gasförderung theologisch verkürt, dann wird tatsächlich der „Bock zum Gärtner“ gemacht.

So kann es kaum überraschen, dass der Gastgeber Aserbaidschan einige kleinere Länder, die unter dem Klimawandel besonders zu leiden haben, gar nicht erst zu Wort hat kommen lassen.

Zwei Lackmus-Teststreifen für die Ergebnismessung der Klimakonferenzen

Wir sollten diese COP und alle folgenden Klimakonferenzen auf zwei Ergebnislinien hin überprüfen: Schaffen wir es als Weltgemeinschaft, die Klimaerwärmung aufzuhalten? Dazu müssen wir schnellstmöglich die weltweiten Treibhausgas-Emissionen (insbesondere CO₂) so weit verringern, dass wir die Erdüberhitzung wenigstens bei 1,5 Grad stoppen können. In einem zweiten Schritt müssen wir in den am schlimmsten von der Klimakrise betroffenen Ländern Anpassungsmaßnahmen an die bereits stattfindenden schädlichen Auswirkungen des Klimawandels finanziell ermöglichen.

Dass vor diesem Hintergrund die Ergebnisse dieser Konferenz bestenfalls als „mau“ bezeichnet werden können, sollte niemanden überraschen. Nach zähen Gesprächen und Verhandlungen konnte am Ende aber eine Einigung über die Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen für ärmere Länder erzielt werden. In den kommenden zehn Jahren sollen die Industrienationen statt bisher 100 Milliarden nun 300 Milliarden US-Dollar jährlich für den Klimaschutz und die notwendige Anpassung an die Klimafolgen bezahlen. Das klingt nach viel Geld, ist aber nur knapp ein Viertel der 1,3 Billionen US-Dollar, die derzeit nötig wären, um die effektive Klimaanpassungen in den Entwicklungsländern vornehmen zu können. Aber immerhin besser als nichts.

Bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen hat COP 29 bedauerlicherweise keinen greifbaren Fortschritt gebracht: Alles wäre besser gewesen als dieses Nichts.

Die Fragen werden lauter, ob das COP-Format wirklich geeignet ist, um den immer dringlicher werdenden Herausforderungen des Klimawandels und seiner für die Menschheit katastrophalen Folgen zu begegnen.

Verantwortung vor Gott und den Menschen braucht globale Solidarität

Fest steht, dass einzelne Länder die Überhitzung unseres Planeten nicht werden aufhalten können. Was nötig ist, ist ein solidarisches Miteinander, um die Überhitzung zu stoppen und die klimawandelbedingten Katastrophen zu bearbeiten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass es Menschen sind, die unter den katastrophalen Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Vielen dieser Menschen dürfen wir von Hoffnungszeichen täglich begegnen. Ihr stummer Schrei ruft uns zum Handeln auf – im Geist einer den Menschen zugeneigten globalen Solidarität.

So ist Papst Franziskus zuzustimmen, wenn er in seiner 2015 erschienenen Enzyklika „Laudato Si“ darlegt:

„Der Klimawandel ist ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten und ernststen sozialen, wirtschaftlichen, distributiven und politischen Dimensionen; sie stellt eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Menschheit dar. Die schlimmsten Auswirkungen werden wahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten auf die Entwicklungsländer zukommen.“¹

„Es ist notwendig, dass die entwickelten Länder zur Lösung dieser Schuld beitragen, indem sie den Konsum nicht erneuerbarer Energie in bedeutendem Maß einschränken und Hilfsmittel in die am meisten bedürftigen Länder bringen, um politische Konzepte und Programme für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die ärmsten Regionen und Länder besitzen weniger Möglichkeiten, neue Modelle zur Reduzierung der Umweltbelastung anzuwenden, denn sie haben nicht die Qualifikation, um die notwendigen Verfahren zu entwickeln, und können die Kosten nicht abdecken. Darum muss man deutlich im Bewusstsein behalten, dass es im Klimawandel diversifizierte Verantwortlichkeiten gibt, und sich – wie die Bischöfe der Vereinigten Staaten sagten – entsprechend „besonders auf die Bedürfnisse der Armen, der Schwachen und der Verletzlichen konzentrieren, in einer Debatte, die oftmals von den mächtigeren Interessen beherrscht ist.“²

„Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass wir eine einzige Menschheitsfamilie sind. Es gibt keine politischen oder sozialen Grenzen und Barrieren, die uns erlauben, uns zu isolieren, und aus ebendiesem Grund auch keinen Raum für die Globalisierung der Gleichgültigkeit.“³

„Diese Situationen rufen das Stöhnen der Schwester Erde hervor, die sich dem Stöhnen der Verlassenen der Welt anschließt, mit einer Klage, die von uns einen Kurswechsel verlangt. Niemals haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten. (...) Es wird unerlässlich, ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen enthält und den Schutz der Ökosysteme gewährleistet, bevor die neuen Formen der Macht, die sich von dem techno-ökonomischen Paradigma herleiten, schließlich nicht nur die Politik zerstören, sondern sogar die Freiheit und die Gerechtigkeit.“⁴

„Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, (...)“⁵

Klaus Stieglitz

¹ LS 25

² LS 52

³ LS 52

⁴ LS 53

⁵ LS 93

Quellen:

Papst Franziskus, Enzyklika LAUDATO SI' Über die Sorge für das gemeinsame Haus, 2015

25. Der Klimawandel ist ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten und ernststen sozialen, wirtschaftlichen, distributiven und politischen Dimensionen; sie stellt eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Menschheit dar. Die schlimmsten Auswirkungen werden wahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten auf die Entwicklungsländer zukommen. (...)

52. Die Auslandsverschuldung der armen Länder ist zu einem Kontrollinstrument geworden, das Gleiche gilt aber nicht für die ökologische Schuld. Auf verschiedene Weise versorgen die weniger entwickelten Völker, wo sich die bedeutendsten Reserven der Biosphäre befinden, weiter die Entwicklung der reichsten Länder, auf Kosten ihrer eigenen Gegenwart und Zukunft. Der Erdboden der Armen im Süden ist fruchtbar und wenig umweltgeschädigt, doch in den Besitz dieser Güter und Ressourcen zu gelangen, um ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen, ist ihnen verwehrt durch ein strukturell perveres System von kommerziellen Beziehungen und Eigentumsverhältnissen. Es ist notwendig, dass die entwickelten Länder zur Lösung dieser Schuld beitragen, indem sie den Konsum nicht erneuerbarer Energie in bedeutendem Maß einschränken und Hilfsmittel in die am meisten bedürftigen Länder bringen, um politische Konzepte und Programme für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die ärmsten Regionen und Länder besitzen weniger Möglichkeiten, neue Modelle zur Reduzierung der Umweltbelastung anzuwenden, denn sie haben nicht die Qualifikation, um die notwendigen Verfahren zu entwickeln, und können die Kosten nicht abdecken. Darum muss man deutlich im Bewusstsein behalten, dass es im Klimawandel diversifizierte Verantwortlichkeiten gibt, und sich – wie die Bischöfe der Vereinigten Staaten sagten – entsprechend „besonders auf die Bedürfnisse der Armen, der Schwachen und der Verletzlichen konzentrieren, in einer Debatte, die oftmals von den mächtigeren Interessen beherrscht ist“. Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass wir eine einzige Menschheitsfamilie sind. Es gibt keine politischen oder sozialen Grenzen und Barrieren, die uns erlauben, uns zu isolieren, und aus ebendiesem Grund auch keinen Raum für die Globalisierung der Gleichgültigkeit.

53. Diese Situationen rufen das Stöhnen der Schwester Erde hervor, die sich dem Stöhnen der Verlassenen der Welt anschließt, mit einer Klage, die von uns einen Kurswechsel verlangt. Niemals haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten. Doch wir sind berufen, die Werkzeuge Gottes des Vaters zu sein, damit unser Planet das sei, was Er sich erträumte, als Er ihn erschuf, und seinem Plan des Friedens, der Schönheit und der Fülle entspreche. Das Problem ist, dass wir noch nicht über die Kultur verfügen, die es braucht, um dieser Krise entgegenzutreten. Es ist notwendig, Leaderships zu bilden, die Wege aufzeigen, indem sie versuchen, die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen unter Einbeziehung aller zu berücksichtigen, ohne die kommenden Generationen zu beeinträchtigen. Es wird unerlässlich, ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen enthält und den Schutz der Ökosysteme gewährleistet, bevor die neuen Formen der Macht, die sich von dem techno-ökonomischen Paradigma herleiten, schließlich nicht nur die Politik zerstören, sondern sogar die Freiheit und die Gerechtigkeit.

92. (...) Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, ohne erneut in Reduktionismus zu fallen. (...)